



WOHNEN.HANDELN.JETZT!

Fast jeder Zweite kann sich Wohnen kaum noch leisten!

KOMMENTIERT

Gemeinsam gegen den Krisenmodus!

Wir befinden uns derzeit in einer Spirale aus Krisen, die sich vor allem massiv auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auswirken – egal ob Corona-Krise, Klima-Krise, Pflege-Krise oder die im Hintergrund schwelenden Polit-Konflikte. Dies ist gleichzeitig aber auch Auftrag an die Sozialpartner, Zusammenhalt zu demonstrieren und darauf hinzuweisen, dass wir nur gemeinsam die anstehenden Probleme lösen können. Dazu braucht es jedoch einen offenen und ehrlichen Umgang zwischen den Entscheidungsträgern sowie eine rasche Aufarbeitung der politischen Vorgänge der letzten fünf Jahre. Wenn wir die gesamte Krisenlast den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umhängen, werden wir Österreich aber in eine Sackgasse führen. Deshalb plädiere ich noch einmal für ein gemeinsames Vorgehen im Sinne der Österreicherinnen und Österreicher und das Ende von taktischen Polit-Spielen, bei denen nur persönliche Interessen im Vordergrund stehen!



Analyse. 96 Prozent der Tirolerinnen und Tiroler finden Wohnen in Tirol zu teuer, fast jeder Vierte gibt mittlerweile die Hälfte des Familieneinkommens für das Wohnen aus. „Das Ende der Fahnenstange ist erreicht“, sagt AK Präsident Zangerl und fordert Solidarität bei der raschen Umsetzung eines Programms zum Senken der Wohnkosten.

Seit Jahren weist die Tiroler Arbeiterkammer darauf hin, dass Tirol eine Wohnkrise droht. Jetzt zeigen eine aktuelle Umfrage des Linzer MARKET-Instituts im Auftrag der AK Tirol sowie eine von der AK durchgeführte Umfrage*, dass die Krise immer näher rückt. Denn die Wohnkosten sind für die meisten Tirolerinnen und Tiroler zum massiven Problem geworden, mittlerweile muss ein großer Teil der Befragten die Hälfte des Familieneinkommens für das Wohnen ausgeben. „Es ist höchst an der Zeit, nicht nur an einigen Stellschrauben zu drehen, sondern ein umfassendes Paket umzusetzen, bevor die Situation endgültig entgleitet“, sagt dazu AK

Präsident Erwin Zangerl. Denn die Stimmung in der ohnehin durch die Corona-Situation belasteten Bevölkerung ist nicht die Beste. Kein Wunder, geben doch 44 Prozent der Befragten an, sie haben Sorge sich ihre Wohnsituation in Zukunft nicht mehr leisten zu können – ein alarmierendes Signal.

„Die Inflation steigt, die Lebenshaltungskosten sind gerade in Tirol enorm und die neue CO₂-Steuer wird sich auch auf die Wohnkosten auswirken. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in einen Teufels-

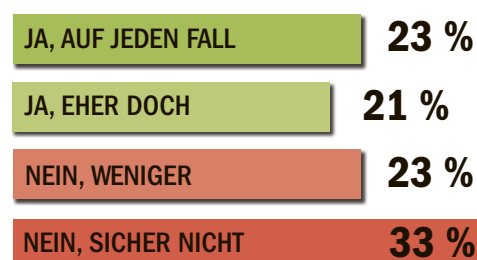
kreis geraten, aus dem wir keinen Ausweg mehr finden“, stellt Zangerl klar. „Wenn 47 Prozent der Befragten angeben, sie geben 40 Prozent und mehr ihres Familieneinkommens für das Wohnen aus, ist die Spitze des Möglichen erreicht. Entweder wir stoppen gemeinsam diese Entwicklung, oder es geht von nun an bergab“, so Zangerl.

Der AK Präsident verweist einmal mehr auf die Analyse der Sozialpartner zum Thema Wohnen mit konkreter Anleitung, die Wohnkosten zu senken. „Leider hinkt es bei der Umsetzung, es bräuchte hier von allen Seiten mehr Nachdruck und auch politisch gesehen endlich eine Übereinkunft und kein persönliches Parteien-Hickhack. Hier geht es um das Grundbedürfnis von Menschen und es geht um die Zukunft tausender Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien“, stellt der AK Präsident klar.

Lesen Sie mehr dazu auf Seite 2

WOHNSITUATION

Haben Sie Sorge, dass Sie sich Ihre aktuelle Wohnsituation in Zukunft nicht mehr leisten können?



Quelle: MARKET, Oktober 2021

AZ MULTIMEDIAL

Jetzt noch mehr Information!



Leserinnen und Leser der Tiroler Arbeiterzeitung haben jetzt die

Möglichkeit, sich noch umfassender zu informieren. Dort, wo der rote Video-Button aufscheint, ist noch mehr Geschichte dahinter. Wer den QR-Code mit seinem Handy scannt, kommt zu Filmbeiträgen, die ein noch genaueres Bild ermöglichen (die Beiträge finden Sie auch auf youtube.com/Arbeiterkammer-Tirol).

In dieser Ausgabe lesen & sehen Sie...



... was Krankenpflegeschülerinnen und -schüler zum Thema Pflegekrise sagen (Seite 6),



... warum das Pflegepersonal mittels Demo auf die Pflegekrise hinweisen muss (Seite 6),



... was Betroffene fordern, um den Pflegenotstand abzuwenden (Seite 7)



... und was bei oft dubiosen Angeboten für Teppichwäschen zu beachten ist (Seite 10).

Für 96 % ist Wohnen zu teuer

Wohnkosten. Das Leben kostspielig, die Wohnkosten enorm: Das Wohnen in Tirol wird immer teurer. Dies zeigen auch die jüngsten Erhebungen der AK. Für viele sind die anfallenden Kosten nicht mehr zu bewältigen. Die AK fordert die Entscheidungsträger zu mehr Solidarität und mehr Tempo bei der Wohnpreissenkung auf.

Die Einkommenssituation dürrig, die Wohnkosten dafür enorm hoch – das Dilemma, in dem sich in Tirol derzeit Tausende befinden, lässt sich in wenigen Worten zusammenfassen. Fast jeder Vierte muss mittlerweile mehr als 50 Prozent ausgeben, um ein Dach über dem Kopf zu haben. „Diese Situation ist untragbar und muss endlich gelöst werden. Vorschläge und Pläne liegen auf dem Tisch, die Möglichkeiten sind da, was oft fehlt, ist der gemeinsame Wille, diese Möglichkeiten zu nutzen“, stellt AK Präsident Erwin Zangerl klar. Er fordert mehr Solidarität und mehr Tempo ein, um die Wohnkosten endlich realistisch zu gestalten. „Ansonsten riskieren wir, dass viele in absehbarer Zeit auf der Straße stehen werden“, so Zangerl.

Jede Möglichkeit nutzen. Von der Eindämmung der Spekulation über eine Mietpreisbremse bis hin zu einer Mietrechtsreform sei jedes Mittel recht, um den Tirolerinnen und Tirolern Wohnen zu ermöglichen. „Steigen die Preise weiter, bleibt auch weniger Geld für den Konsum, deshalb sollte dies auch im Interesse der Wirtschaft liegen“, sagt Zangerl.

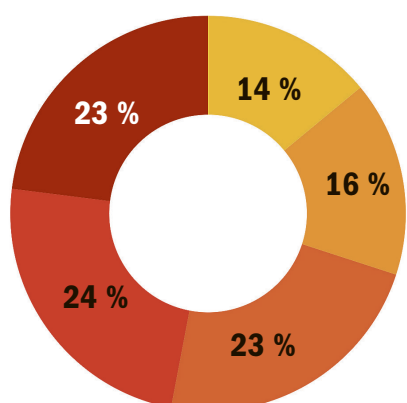
Auch die Vorschläge der AK und der Sozialpartner – u. a. Zweckbindung der Wohnbauförderung, Forcierung des sozialen Wohnbaus, Einführung von Vorbehaltsflächen, Zweitwohnsitzabgabe oder die Befristung von Baulandneuwidmungen auf zehn Jahre – sollen die Preisspirale stoppen.

Kritisch sieht Zangerl auch die CO₂-Steuer, die Wohnen verteuern wird, und die steigenden Energiekosten. „Auch hier braucht es rasch Lösungen, denn niemand darf im Winter in der kalten Wohnung sitzen, weil er sich das Heizen nicht mehr leisten kann“, so Zangerl.



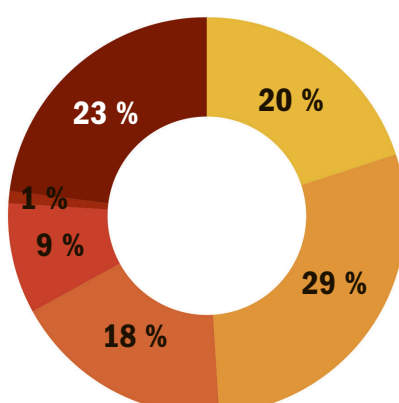
Wohnkosten runter! Wohnen in Tirol ist teuer, vor allem in Ballungszentren und der Landeshauptstadt. Für viele sind die Wohnpreise nicht mehr erschwinglich.

Wieviele Prozent Ihres Familieneinkommens geben Sie monatlich für Wohnen aus?



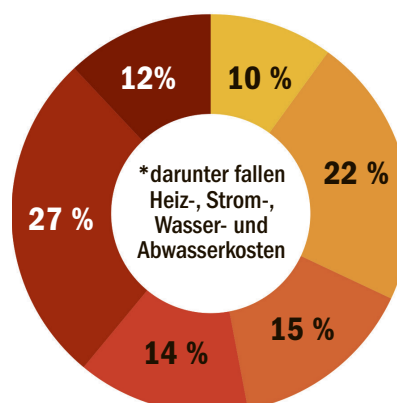
14	bis zu 20 %
16	zwischen 20 % und 30 %
23	zwischen 30 % und 40 %
24	zwischen 40 % und 50 %
23	mehr als 50 %

Wieviele geben Sie monatlich für die Miete bzw. Kreditraten aus?



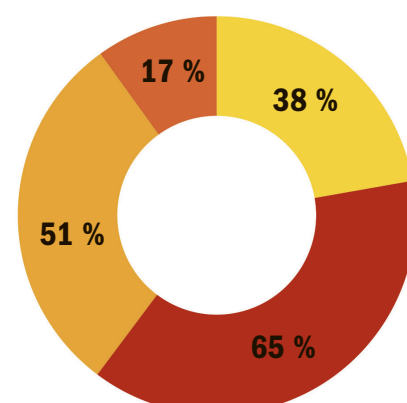
20	bis zu 500 €
29	zwischen 500 und 750 €
18	zwischen 750 und 1.000 €
9	zwischen 1.000 und 1.500 €
1	mehr als 1.500 €
23	keine Angaben

Wieviele geben Sie monatlich für Ihre Betriebskosten aus?*



10	bis zu 50 €
22	bis zu 100 €
15	bis zu 150 €
14	bis zu 200 €
27	mehr als 200 €
12	keine Angaben

Wenn Sie Ihre Wohnsituation verändern könnten, was würden Sie konkret ändern?



38	die Lage
65	die Wohnkosten
51	die Größe
17	Sonstiges

Mehrfachnennungen möglich!

Heizungstausch fair fördern!

Teure Umstellung. Die Abkehr von fossilen Heizsystemen trifft jene hart, die sich das Leben kaum leisten können. Die AK Tirol fordert angemessene Fördersätze.

Geht es ums Thema Klimaneutralität, dann ist das Heizen in den Plänen von EU, Bundesregierung und Land Tirol ein zentraler Punkt. Mit dem Ölkesselbauverbots-gesetz sind in Österreich etwa das Aufstellen und der Einbau von Heizkesseln für Zentralheizungsanlagen mit flüssigen oder festen fossilen Brennstoffen in neu errichteten Gebäuden unzulässig. Der verpflichtende Austausch von Heizölkesseln bis 2025, die älter

als 25 Jahre sind, sowie das geplante Verbot von Ölheizungen ab 2035 und von Gasthermen ab 2040 sind derzeit noch politische Absichtserklärungen, könnten aber bald umgesetzt werden. Allein in Bezug auf Ölheizungen sind österreichweit knapp 650.000 Haushalte davon betroffen, tirolweit ca. 80.000.

„Für viele Betroffene ist dies nicht zu finanzieren. Deshalb braucht es ausreichend finanzielle Unterstützung, gerade auch für die

Einkommensschwächsten“, erklärt AK Präsident Erwin Zangerl.

Laut einer Musterrechnung der AK Wirtschaftsexperten kostet die Umrüstung eines Einfamilienhauses ohne thermische Sanierung rund 27.000 Euro. Maximal 17.250 Euro davon geben die derzeit verfügbaren Förderungen her, mindestens 14.000 Euro müssen die Betroffenen selbst tragen. Im krassen Gegensatz dazu steht das verfügbare Haushaltseinkommen (Zahlen 2020): Knapp 750.000

Haushalte in Österreich verfügen jährlich über weniger als 25.500 Euro netto an Haushaltseinkommen. Geld, das aber fürs tägliche Leben verplant ist. Daher fordert die AK Tirol das zuständige Ministerium auf, die Tauschkosten für das unterste Viertel der Einkommensbezieherinnen und Einkommensbezieher sozial gestaffelt zu übernehmen. Bei Haushalten mit mittlerem Einkommen sollen die Kosten durch höhere Förderbeträge besser abgedeckt werden.

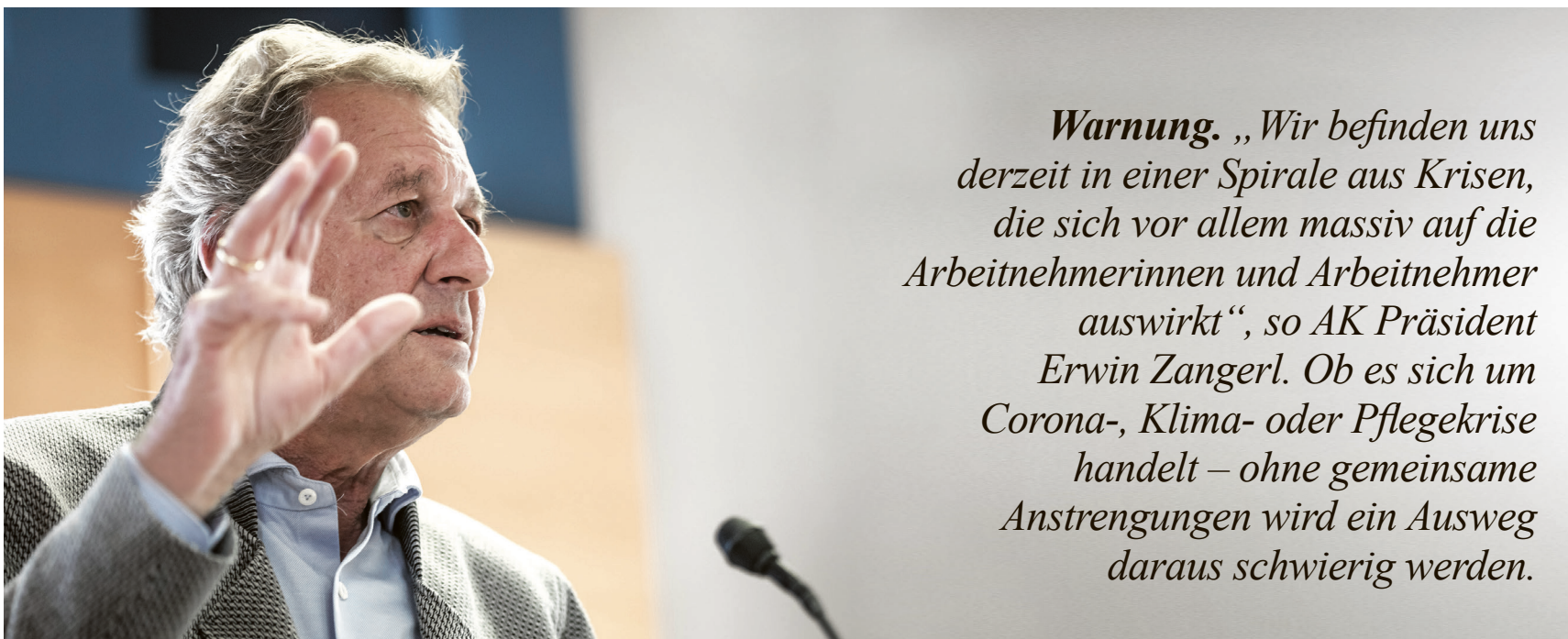
JUNGE AK

Tipps für die erste eigene Wohnung

Wohnungssuche kann stressig sein, überhaupt, wenn man zum ersten Mal auf der Suche ist und wenig Erfahrung hat. Damit die erste eigene Wohnung nicht in schlechter Erinnerung bleibt, haben die Expertinnen und Experten der AK Tirol eine umfangreiche Broschüre zusammengestellt, die hilft, Fehler bei der Wohnungssuche zu vermeiden. Es geht um Rechte und Pflichten bei Mietverträgen, um Mietbeihilfen, der Wohnungsübergabe bis hin zum Sonderfall WG.

Die Broschüre gibt es kostenlos unter 0800/22 55 22 – 1717 bzw auf www.ak-tirol.com

Zangerl: „Krisen können wir nur gemeinsam bewältigen!“



Warnung. „Wir befinden uns derzeit in einer Spirale aus Krisen, die sich vor allem massiv auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auswirkt“, so AK Präsident Erwin Zangerl. Ob es sich um Corona-, Klima- oder Pflegekrise handelt – ohne gemeinsame Anstrengungen wird ein Ausweg daraus schwierig werden.

AK Präsident Erwin Zangerl: „An der Pflege zu sparen heißt, dass wir uns – im wahrsten Sinne des Wortes – zu Tode sparen werden.“

TAZ: Herr Präsident, Sie haben anlässlich der letzten AK-Vollversammlung davon gesprochen, dass sich das Land in einem seit 1945 noch nie dagewesenen Krisenmodus befindet. Werden uns die Krisen überrollen?

Erwin Zangerl: Wenn wir nicht entschlossen und vor allem gemeinsam handeln, werden die kommenden Jahre nicht einfach. Bestürzt bin ich vor allem über die ausufernde Corona-Situation und über die Situation, in der sich das Pflegepersonal befindet. Zum ersten Mal geht das Personal auf die Straße, eben weil es in der Pflege 5 nach 12 ist. Jahrzehntlang hat man die Probleme verschleppt und auf die Solidarität der Beschäftigten gehofft. Jetzt sind die Akkus dieser Menschen aber leer und die Politik kann sich nun nicht mehr mit langwierigen Strategiesitzungen aufhalten. Die Analysen sind gemacht, die Handlungsempfehlungen sind da, die Pflegebeschäftigten können nicht mehr – was gibt es da noch zu überlegen?

TAZ: Woran scheitert es Ihrer Ansicht nach, dass sich die Situation nicht entspannt?

Zangerl: Es geht wie immer ums Geld. Doch an der Pflege zu sparen heißt, dass wir uns – im wahrsten Sinne des Wortes – zu Tode sparen werden, das müsste doch mittlerweile jedem bewusst sein. Natürlich können wir uns jetzt überlegen, Betten zu sperren und Stationen zu schließen, wir können auch weiterhin die Gesundheit des Personals aufs Spiel setzen – all das jedoch auf Kosten der Patienten. Wir können auch der Pandemie den Schwarzen Peter zuschieben, doch die Pandemie hat nur tiefgreifende Strukturprobleme offengelegt. Eines muss uns klar sein: Corona wird in absehbarer Zeit nicht verschwinden, wohl aber das Pflegepersonal. Jetzt immer noch zu zögern, die Arbeitszeit zu reduzieren, den Personalschlüssel zu überarbeiten oder die Beschäftigten ordentlich zu entlohnen, ist nicht mehr zu akzeptieren. Schauen Sie nur auf die Pflege-Ausbildung, wo Schü-

lerinnen und Schüler 1.950 unbezahlte Praktikumsstunden leisten müssen: Das ist doch ein Witz. Gerade die Pflegekrise zeigt, wie der Sozialstaat in den letzten Jahren ausgehöhlt wurde.

TAZ: Angesichts dessen, was in den letzten Monaten auf politischer Ebene bekannt wurde, dürfte es am Geld doch nicht fehlen?

Zangerl: Ich kann verstehen, dass die Menschen sauer werden, wenn sie sehen, dass Millionen an Steuergeldern für das Fortkommen von Lobbys und auch von Einzelpersonen verschwendet werden. Wer soll das auch verstehen, vor allem unter jenen, die wirklich zu den Stützen der Gesellschaft zählen? Ich habe in den letzten Jahren mehr als einmal darauf hingewiesen, dass es auf politischer Ebene einen offenen und ehrlichen Umgang miteinander sowie mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes braucht. In diesem Sinne ist auch meine Forderung zu verstehen, die politischen Vorgänge der letzten fünf Jahre rasch aufzu-

arbeiten. Dies ist gleichzeitig aber auch Auftrag an die Sozialpartner, Zusammenhalt zu demonstrieren und darauf hinzuweisen, dass wir die anstehenden Probleme nur gemeinsam lösen können.

TAZ: Sie haben sich mit der neuen Steuerreform eine Entlastung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhofft. Haben sich Ihre Erwartungen erfüllt?

Zangerl: Das kann man nicht gerade sagen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden steuerlich ohnehin schon über Gebühr beansprucht, hier hätte ich mir eine echte Entlastung gewünscht, etwa mit der Abschaffung der Kalten Progression. Die CO₂-Steuer wird die Beschäftigten letztendlich aber mehr belasten. Auch hier läuft vieles wie auf einer schiefen Ebene, denn der letzte Klimagipfel war ja ebenso wenig vielversprechend wie die vorangegangenen. Nun läuft im Zuge der Rohstoff- und Produktverknappung noch eine Teuerungswelle, die Inflation wird angeheizt, überall steigen die Prei-

se. Vor allem beim Wohnen sind wir schon mitten in der nächsten Krise, doch auch die Preise für Grundnahrungsmittel oder Treibstoff steigen rasant. Wenn wir nun die gesamte Krisenlast den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern umhängen, werden wir Österreich in die Sackgasse führen. Das ist ja das Problem an der CO₂-Steuer: Die Steuer in dieser Form verschärft nur die Inflation und treibt die Preise weiter nach oben. Doch das nimmt der Finanzminister in Kauf, denn bei höherer Inflationsrate schlägt die Kalte Progression voll durch und beschert dem Staat Milliardenereinnahmen.

TAZ: Was wären Ihre Ansätze, um gegen die Krisen anzugehen?

Zangerl: Bei vielen Dingen haben wir uns in eine unmögliche Situation manövriert. Hier hat die Politik oft sehr unglücklich agiert und viel zu oft die falschen Botschaften ausgesandt. Dass man vorausschauend plant, ist gut, aber immer mit Blick auf die Menschen, von denen der Großteil mittlerweile darum kämpft, seine Lebenshaltungskosten bestreiten zu können. Auf sie müssen wir achten, Entlastung ist deshalb das Schlüsselwort. Und wir müssen die Spaltung der Gesellschaft so schnell wie möglich stoppen. Hier läuft eine Entwicklung, die massive Schäden hinterlassen wird. Wir bewegen uns in vielen Bereichen immer weiter weg von der Mitte, weg von einem Ausgleich, hin zu einer inhomogenen Gesellschaft. Die Politik muss aber für alle Menschen in diesem Land Sorge tragen und darf nicht ständig mit Feindbildern hantieren, nur damit der persönliche Erfolg stimmt. Gelingt uns das nicht, dann werden sich die Folgen dieser Krisen verselbständigen und unabsehbare Folgen für Österreich haben. Und davon bin ich überzeugt: Das kann niemand wirklich wollen.

AK Tirol
IMPRESSUM
AK TIROLER ARBEITERZEITUNG – AK AKTUELL

Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Medieninhaber und Herausgeber:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol,
6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7

Redaktion: Mag. Henrik Eder, Valentina Mair,
Armin Muigg, Victoria Rausch, Gertraud Walch

Fotos: AK, stock.adobe.com

Druck: Intergraphik GmbH, 6020 Innsbruck,
Ing. Etzelstraße 30

Die von der AK Tirol angebotenen Leistungen
kommen ausschließlich ihren Mitgliedern zugute.
Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in
männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich
auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

Covid 19 als Berufskrankheit

Akut. Die AK Tirol fordert, die „Liste der Berufskrankheiten“ zu erweitern.
Nur so können viele Infektionen mit Covid 19 auch als Berufskrankheit gelten.

Infektionskrankheiten sind in der geltenden Liste der Berufskrankheiten – sie wurde seit 12 Jahren nicht mehr geändert – unter der laufenden Nr. 38 angeführt, sodass auch eine Infektion mit Covid 19 grundsätzlich als Berufskrankheit berücksichtigt werden kann.

Allerdings muss sich die Infektion eben im Zuge der Ausübung der Tätigkeit in einem der aufgezählten Unternehmen zugetragen haben: z. B. in Krankenhäusern,

Heil- und Pflegeanstalten, Entbindungsheimen, Kur- und Pflegeanstalten, Apotheken, Einrichtungen und Beschäftigungen in der Fürsorge, in Schulen, Kindergärten und Säuglingskrippen und im Gesundheitsdienst sowie in Laboratorien, Justizanstalten und Hafträumen der Verwaltungsbehörden bzw. „in Unternehmen, in denen eine vergleichbare Gefährdung besteht“. Hier wird angenommen, dass die Versicherten einem erhöhten Infektionsrisiko im Vergleich

zum Allgemeinrisiko ausgesetzt sind.

Angeichts der Pandemie muss der Geltungsbereich der Bestimmungen allerdings – betreffend die Infektion mit Covid 19 – auf alle Unternehmen ausgedehnt werden. So zeigt die AUVA-Statistik, dass allein bis Ende September 2021 österreichweit in mehr als 13.000 Fällen eine Berufskrankheit unter dem Titel Covid 19 angezeigt wurde. Doch all jene 3.870 Fälle, die bislang anerkannt wurden, be-

trafen ausschließlich Beschäftigte in Unternehmen, bei denen Infektionskrankheiten auf Basis der „Liste der Berufskrankheiten“ auch als Berufskrankheit anerkannt werden.

Die AK Tirol fordert deshalb, eine berufsbedingte Infektion mit Covid 19 als eigene Berufskrankheit in die Berufskrankheiten-Liste aufzunehmen und den Geltungsbereich auf alle Unternehmen auszudehnen.

Liste der Berufskrankheiten (AUVA):
<https://tinyurl.com/listederbk>

ARBEITSRECHT

Advent: Das gilt im Handel

Arbeitsrecht: Tausenden Beschäftigten im Handel stehen vor Weihnachten turbulente Wochen bevor. Hier gibts alle wichtigen Infos zu den Einkaufssamstagen und zum 8. Dezember.



© Thunderstock/stock.adobe.com

Adventsamstage

An den vier Samstagen vor dem 24. Dezember – am 27.11., 4.12., 11.12. und 18.12. – dürfen die Geschäfte bis 18 Uhr offenhalten. Die Regelung, dass jeder zweite Samstag frei sein muss, gilt hier nicht. Mitarbeiter im Handel können an allen vier Samstagen eingesetzt werden.

Jugendliche Lehrlinge dürfen nur in Ausnahmefällen Überstunden machen.

Entlohnung

- Haben Sie an den sonstigen Samstagen des Jahres mehr als einmal pro Monat nach 13 Uhr gearbeitet? Dann bekommen Sie an den vier Adventsamstagen ab 13 Uhr Überstunden mit 100 % Zuschlag – egal, ob Sie vollzeit-, teilzeit- oder geringfügig beschäftigt sind oder nur samstags arbeiten.
- Sonst stehen nur dann Überstunden-Zuschläge zu, wenn Sie die für den Tag vereinbarte oder die wöchentliche Normalarbeitszeit

überschritten haben. Auch bei diesen Überstunden steht an den Adventsamstagen nach 13 Uhr ein Zuschlag von 100 % zu.

- Bei Lehrlingen werden Überstunden wie folgt entlohnt: nach Gehaltssystem alt auf Basis des niedrigsten Angestelltengehalts; nach Gehaltssystem neu auf Basis des Gehalts der Beschäftigungsgruppe C Stufe 1.

Zeitausgleich

Wollen Sie für Überstunden lieber Zeitausgleich, müssen Sie dies vereinbaren: Entweder Sie nehmen für jede gearbeitete Stunde frei und lassen sich nur den Zuschlag auszahlen, oder Sie nehmen sich für jede gearbeitete Stunde im entsprechenden Verhältnis frei. Beispiel: Für eine 100-prozentige Überstunde erhalten Sie zwei Stunden Freizeit.

8. Dezember

Ihr Arbeitgeber musste bis 10. November informieren, ob das Geschäft am 8. Dezember offen

ist. Sie haben das Recht, binnen einer Woche nach der Information zu sagen, ob Sie an diesem Tag arbeiten wollen oder nicht. Die Arbeit zu Mariä Empfängnis ist freiwillig. Wenn Sie sich weigern, dürfen Sie nicht benachteiligt werden. Eine Kündigung aus diesem Grund kann vor Gericht angefochten werden.

Angestellte und Lehrlinge dürfen an diesem Tag zwischen 10 und 18 Uhr Waren verkaufen, Kunden bedienen und unmittelbar damit zusammenhängende Arbeiten verrichten. Vor 10 und nach 18 Uhr sind nur unbedingt nötige Vor- und Abschlussarbeiten erlaubt.

Geld für den Feiertag

Für den Feiertag steht immer das laufende Entgelt (Grundgehalt, Zulagen etc.) zu – ob Sie arbeiten oder nicht.

- Der 8. Dezember fällt heuer auf einen Mittwoch. Wenn Sie auch sonst am Mittwoch arbeiten, gibts zusätzlich zu diesem Feiertagsentgelt den Normalstundenlohn. Hätten Sie sonst am

Mittwoch frei oder leisten am 8. Dezember mehr Stunden, erhalten Sie zusätzlich Überstunden mit 100 % Zuschlag.

- Lehrlinge erhalten am 8. Dezember das Lehrlingseinkommen auf folgender Basis: nach Gehaltssystem alt auf Basis Beschäftigungsgruppe 2, 1. Berufsjahr bzw. nach Gehaltssystem neu auf Basis Beschäftigungsgruppe C Stufe 1.
- Außerdem steht zusätzlich zum Entgelt Ersatzfreizeit zu: für bis zu 4 Stunden Arbeit 4 Stunden Zeitausgleich, für mehr als 4 Stunden Arbeit 8 Stunden Zeitausgleich.
- Achtung: Wenn Sie für Überstunden Zeitausgleich statt Geld möchten, werden diese Überstunden bei anderen Entgelt-Ansprüchen (Krankheit, Urlaub, Abfertigung ALT) sowie bei der Sozialversicherung nicht berücksichtigt.

Die AK Arbeitsrechtsprofis helfen unter 0800/22 55 22 – 1414 oder per eMail an arbeitsrecht@ak-tirol.com

INFOS GUT ZU WISSEN

arbas: 25 Jahre Arbeitsassistenten

Vor 25 Jahren als „Verein Arbas Arbeitsassistenten Tirol“ gegründet, setzen sich die mittlerweile mehr als 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der „arbas Tirol“ landesweit dafür ein, dass Menschen mit Unterstützungsbedarf Arbeits- und Ausbildungsplätze am offenen Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Auf Basis des Konzepts der „Unterstützten Beschäftigung“ erhalten sie branchenübliche Bezahlung bei regulärer Beschäftigung und individuelle Begleitung. Das Angebot richtet sich an Jugendliche und Erwachsene ab dem Ende der Schulpflicht bis zur Pensionierung sowie an Unternehmen.

Die AK Tirol ist eines der Gründungsmitglieder und neben WK Tirol und weiteren Institutionen im Vereinsvorstand vertreten. Kooperationspartner sind das Sozialministeriumservice Tirol als Hauptförderpartner, Land Tirol und AMS Tirol. Mehr auf www.arbas.at

Arbeitsrecht griffbereit

Gerechtigkeit muss sein, das gilt vor allem auch am Arbeitsplatz. Doch leider sieht es in der Realität mitunter auch ganz anders aus. Damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Bescheid wissen und nachlesen können, was erlaubt ist und was nicht, und wo sie aufpassen müssen, gibts die AK Broschüre „Arbeitsrecht griffbereit“. Darin finden Beschäftigte das Wichtigste im Überblick zu Arbeitsvertrag, Dienstzettel, Urlaubsrecht, Krankenstand, geringfügiger Beschäftigung, Abfertigung, Pflegefreistellung, Kündigung oder Entlassung. Deshalb sollte die handliche Broschüre in keinem Bücherschrank fehlen! AK Mitglieder können sie einfach herunterladen auf www.ak-tirol.com oder kostenlos anfordern unter **0800/22 55 22 – 1432**. Denn nur wenn Sie ihr Recht kennen, können Sie es auch durchsetzen!

AK BROSCHÜRE

Alles zum freien Dienstvertrag

Unternehmer versuchen immer öfter, Arbeitsuchende möglichst kostengünstig zu beschäftigen, weshalb verstärkt freie Dienstverträge bzw. Werkverträge abgeschlossen werden. Bei dieser Form der Beschäftigung locken zwar auf den ersten Blick höhere Stundensätze, aber es fehlen arbeitsrechtliche Ansprüche, wie z. B. bezahlter Urlaub, Krankenstand oder Sonderzahlungen. In der AK Broschüre „Der freie Dienstvertrag“ werden die wesentlichen Unterschiede zwischen den einzelnen Vertragstypen in arbeits-, sozialversicherungs- und steuerrechtlicher Hinsicht erläutert. Einfach kostenlos anfordern unter **Tel. 0800/22 55 22 – 1430** oder herunterladen auf www.ak-tirol.com

Mehr Pflegefreistellung für alle

AK Forderung. Nicht nur Beamtinnen und Beamte sowie Vertragsbedienstete sollen Anspruch auf eine zweite Pflegefreistellungswoche für Kinder haben, sondern alle Beschäftigten.

Wenn Kinder krank werden, stellt dies berufstätige Eltern immer wieder vor große Herausforderungen, wenn es darum geht, die Betreuung zu organisieren. Derzeit steht Arbeitnehmern bei privaten Arbeitgebern pro Arbeitsjahr eine Woche Pflegefreistellung zu, eine zweite Woche gibt es nur für eine erneute Erkrankung eines unter 12-jährigen Kindes (alle Details dazu gibts auf www.ak-tirol.com).

Mit der Dienstrechtsnovelle 2020 wurden – allerdings nur für Beamtinnen und Beamte sowie

für Vertragsbedienstete – wichtige familienpolitische Maßnahmen gesetzt:

- Erstens soll Eltern (Wahl- und Pflegeeltern) für Kinder unter 12 Jahren eine zweite Pflegefreistellungswoche zustehen, auch bei einer längeren Ersterkrankung.
- Und zweitens steht dieser Anspruch für erkrankte behinderte Kinder, für die eine erhöhte Familienbeihilfe gewährt wird, unabhängig von deren Alter zu. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen werden, dass diese Kinder in der Regel vermehrter und intensiverer Pflege bedürfen.

„Diese Gesetzesänderungen für Bundesbedienstete sind selbstverständlich zu befürworten und bedeuten eine große Hilfe für die betroffenen Familien“, betont AK Präsident Erwin Zangerl. „Allerdings sollten genau diese Verbesserungen auch für die Arbeitnehmerfamilien gelten!“

Deshalb fordert die AK Tirol vom Bundesminister für Arbeit einen entsprechenden Gesetzesvorschlag: Nach dem Vorbild der Dienstrechtsnovelle 2020 sollen auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei privaten Arbeitgebern Anspruch auf eine

zweite Pflegefreistellungswoche für Kinder unter 12 Jahren erhalten – dies auch bei längerer als einwöchiger Erkrankung. Zudem soll dieser Freistellungsanspruch auch für erkrankte behinderte Kinder unabhängig von deren Alter gelten.

AK ARBEITSRECHT

Rundum informiert

Die AK Arbeitsrechtsprofis helfen unter **0800/22 55 22 – 1414** oder schicken Sie Ihre Frage per eMail an arbeitsrecht@ak-tirol.com

AK ERHEBUNG

Das kosten Getränke

Ab 1. Juli 2020, befristet bis inkl. 31. Dezember 2021, wurde die Umsatzsteuer für die Abgabe von Speisen und Getränken in der Gastronomie von 20 auf 5 Prozent ermäßigt. Unabhängig von dieser pandemiebedingten Steuersenkung – als Corona-Hilfsmaßnahme – erhöhten etwa zwei Drittel der teilnehmenden Tiroler Wirtinnen und Wirte die Getränkepreise. Im Vergleich zu den Vorjahren fiel die durchschnittliche Preiserhöhung aller erhobenen Getränke insgesamt jedoch deutlich geringer aus.

Im Schnitt + 1,74 %

Betrug die Preiserhöhung der 14 gängigsten Getränke, wie Eistee, Mineralwasser, Bier und Apfelsaft, von 2019 auf 2020 noch durchschnittlich 2,96 %, so waren es heuer 1,74 %.

Der Durchschnittspreis für ein Glas Apfelsaft (0,25 l) beträgt aktuell 2,78 Euro (+ 0,95 % seit 2020). Von 2019 auf 2020 lag der Preisanstieg bei 2,34 %.

Apfelsaft aufgespritzt mit Leitungswasser (0,5 l) stieg um 1,69 % (gegenüber + 4 % von 2019 auf 2020).

eine Flasche Eistee (0,33 l) liegt bei 3,15 Euro (+ 0,84 %). Von 2019 auf 2020 stieg der um 3,11 %.

Bier und Spritzer

Hier gab es kräftigere Preiserhöhungen. Im Schnitt kostet

ein kleines Bier (0,3 l) 3,13 Euro (+ 2,37 %). Der Preisanstieg von 2019 auf 2020 lag bei nur 1,66 %.

ein Weiß-sauer (0,25 l) 3,06 Euro (+ 3,09 %). Von 2019 auf 2020 wurden + 1,6 % verzeichnet.

Leitungswasser

In 10 der 44 teilnehmenden Wirtschaftshäuser wird Leitungswasser mittels Servicepauschale oder mengenbezogen in der Karte ausgepreist. Der Preis für Leitungswasser variiert stark zwischen 0,50 Euro und 1,10 Euro pro halbem Liter.

Alle Details gibts auf www.ak-tirol.com

Bei Fragen und Problemen helfen die Konsumentenschützer der AK Tirol unter 0800/22 55 22 DW 1818



AK WARNUNG

Vorsicht bei Powerbanks!

Achtung. Powerbanks werden oft jahrelang in der Schublade aufbewahrt, schließlich wieder gefunden und aufgeladen. Doch Vorsicht: Nach einer Tiefentladung kann das Gerät zu brennen beginnen oder sogar explodieren. Die AK Experten geben Tipps für eine sichere Nutzung.

Es war vier Uhr früh, als ein Ehepaar in Reutte aus dem Schlaf gerissen wurde: Der Akku ihrer Powerbank war beim Aufladen am Stromnetz explodiert. Nachrichten wie diese liest man in letzter Zeit immer öfter: Powerbank brennt im Flugzeug; Powerbank im Rucksack explodiert. So wie das Reuttener Ehepaar besitzen viele eine Powerbank, um ihr Smartphone auch unterwegs aufladen zu können. Doch das Gerät, das aus einem Lithium-Akku besteht, birgt Gefahren und kann bei falscher Nutzung zu brennen beginnen oder überhaupt explodieren.

Gefahren vorbeugen. Die AK Konsumentenschützer raten deshalb, schon beim Kauf zu kontrollieren, ob das Gerät ein CE-Siegel trägt. Vorsicht aber vor No-Name-Produkten, die das Siegel gefälscht aufgedruckt haben könnten – zwischen den beiden Buchstaben muss ein Leerzeichen sein. Besonders

groß ist die Gefahr einer Explosion, wenn eine Powerbank sich aufbläht, heiß wird, hinunterfällt oder defekt ist. Solche Akkus dürfen auf keinen Fall wieder aufgeladen werden. Mechanische Beschädigungen, die man vielleicht nicht auf den ersten Blick erkennt, können Wärme entwickeln und sich schließlich selbst entzünden. Außerdem sollte die Powerbank nur unter Aufsicht geladen und beim Ladevorgang kontrolliert werden, ob das Gerät nicht zu heiß wird. Vom Laden in der Nacht ist abzuraten. Im Sommer gilt außerdem besondere Vorsicht: Durch direkte Sonneneinstrahlung können die Ladegeräte überhitzen und innere thermische Reaktionen zur Explosion führen. Die Energiespeicher also niemals offen im Auto auf dem Armaturenbrett liegen lassen oder im Bett aufladen. Doch auch das andere Temperaturextrem birgt Risiken. Bei Winterwetter sollte die Powerbank nicht in der unbeheizten Garage gelagert werden,

da durch die Kälte eine Tiefentladung begünstigt wird. Ist der Akku vollständig leer – das passiert auch, wenn er jahrelang ungenutzt in der Schublade lag – kann er beschädigt sein. Wird so ein defektes Gerät trotzdem geladen, sind Explosionen oder Brände nicht ausgeschlossen. Die Konsumentenschutz-Experten raten, Powerbanks am besten bei Raumtemperatur im trockenen Zustand und an brandsicherer Stelle unter Aufsicht aufzuladen.

Ernstfall. Beginnt ein Akku trotzdem zu brennen, am besten den Rauch oder die entstehenden Flammen mit einer Löschdecke ersticken. Die Brandbekämpfung kann auch mittels Wasser oder einem Handfeuerlöscher erfolgen. Von der Verwendung eines Pulverlöschers ist allerdings abzuraten, da durch den Staub zusätzliche Schäden verursacht werden. Nach dem Löschen die Powerbank von allen brennbaren Einrichtungsgegenständen

entfernen und den Akku entweder in ein Wasserbad geben oder in das Freie bringen, damit er abkühlen kann. Selbst wenn es so aussieht, als ob der Brand gelöscht wäre, kann sich die Batterie erneut entzünden. Am besten also zusätzlich die Feuerwehr kontaktieren, damit das Schlimmste verhindert werden kann – so wie auch das Reuttener Ehepaar mit Glück im Unglück davon gekommen ist.

AK Facts

- Powerbank nur unter Aufsicht und tagsüber laden
- Nicht extremer Hitze oder Kälte aussetzen
- Nach längerer Nichtbenutzung entsorgen (Tiefentladung!)
- Aufgeblähte, hinuntergefallene und defekte Geräte nicht mehr verwenden
- Vorsicht: Nach einem Brand kann sich der Akku erneut entzünden

Rohrreiniger als Türöffner

Unseriöse Aufsperrdienste. Die AK Tirol fordert Rechtsgrundlagen, damit diese bei erfolgreicher Anfechtung des Vertrags jeglichen Entgeltanspruch verlieren.

Wenn die Wohnungstür hinter einem ins Schloss fällt, kann vermeintlich guter Rat richtig teuer werden. Immer wieder geraten Hilfesuchende an unseriöse Aufsperrdienste, die für unsachgemäße Arbeiten überhöhte Preise verlangen. Und bei der Bezahlung wird dann noch oft Druck auf die Konsumentinnen und Konsumenten ausgeübt.

Das gewerbsmäßige Durchführen von Aufsperrdienstleistungen ist in

Österreich zwar dem Metalltechnikgewerbe vorbehalten. Dennoch betreffen derzeit viele Beschwerden eine Firma mit Sitz in Wien, die österreichweit Aufsperrdienste anbietet, obwohl sie nur über das freie Gewerbe der „Reinigung von Rohren mit Ausnahme von Rauch- und Abgasrohren“ verfügt. Sowohl von der AK Tirol, als auch vom Pflückerbekämpfungsfachreferat der WKO wurden mehrfach Anzeigen wegen unbefugter Gewerbeberechtigung eingebracht. Weil sich der (ange-

liche) Wohnsitz des Geschäftsführers aber in Deutschland befindet, scheinen Straferkenntnisse nicht bzw. nur schwer durchsetzbar zu sein. Auch Unterlassensauforderungen des Schutzverbands wegen unlauteren Wettbewerbs blieben ohne Erfolg.

Was aber bleibt Betroffenen?

Sie können Verträge zivilrechtlich wegen Irrtums oder Wucher etc. anfechten, dann aber müsste der Vertrag rückabgewickelt werden:

Nach österreichischem Bereicherungsrecht haben aber derzeit sogar unredliche Unternehmen grundsätzlich Anspruch auf angemessenen Ersatz ihrer Arbeitsleistung, selbst dann, wenn sie bewusst die Gewerbeordnung missachten und Verbraucher den Vertrag erfolgreich anfechten. Das ist nicht nachvollziehbar. Die AK Tirol fordert Rechtsgrundlagen, damit unredliche Unternehmen bei einer erfolgreichen Anfechtung des Vertrages jeglichen Entgeltanspruch verlieren.

ONLINE-PREISVERGLEICH Bis 167 % Differenz bei Drogeriewaren

Die Produkte sind die gleichen, trotzdem müssen Konsumenten bei österreichischen Anbietern oft ein Vielfaches dessen bezahlen, was die Waren bei deutschen Anbietern kosten. Das zeigt die aktuelle Online-Erhebung der AK Tirol. Die mit 167,79 % größte Differenz betraf den Klarspüler von Somat: Während er bei deutschen Anbietern schon ab 1,49 Euro zu haben war, kostete er bei österreichischen bis zu 3,99 Euro. Durchschnittlich kostete der aus 21 Artikeln bestehende Warenkorb bei deutschen Anbietern 44,92 Euro, bei österreichischen 51,83 Euro – und somit um 15,38 % mehr. Die Erhebung gibts auf www.ak-tirol.com

1.950 Stunden unbezahlt!

Akut. „Wir Pflegestudierenden möchten nicht mit über 20 noch von den Eltern abhängig sein – wir wollen unser eigenes Geld verdienen“, fordert Anna Klocker, die die Ausbildung zur Gesundheits- und Krankenpflegerin absolviert.

TAZ: Frau Klocker, bis 2030 fehlen in Tirol 7.000 zusätzliche Pflegekräfte. In den Medien wird gefordert, dass sich bereits in der Ausbildung etwas ändern muss. Wie attraktiv gestaltet sich das Pflegestudium tatsächlich?

Anna Klocker: Wenn man nicht mit vollem Herzen von seiner Berufswahl überzeugt ist und das auch durchziehen will, dann finde ich es schwierig. Wir müssen Studiengebühren zahlen, bekommen aber für rund 2.000 Praktikumsstunden keine Entlohnung. Deshalb sind viele – so wie ich – noch mit über 20 Jahren von ihren Eltern abhängig.

TAZ: Kann man sich die Ausbildung überhaupt leisten?

Klocker: Eigentlich nicht. Die gesamten sechs Semester Studienzeit kosten über 2.400 Euro, hinzu kommen noch Tickets für den öffentlichen Verkehr, weil sich niemand eine Wohnung in Innsbruck leisten kann, sowie die Kosten für den täglichen Bedarf. Ohne finanzielle Hilfe der Eltern geht das nicht. Bis vor kurzem hatte ich einen Nebenjob, auch wenn sich das nur schwer mit dem Dienstplan vereinbaren lässt. Neben dem Praktikum hat man dann aber keine Zeit für sich selbst und um sich zu erholen – ich war einfach am Ende, auf Dauer schafft das keiner.

TAZ: Unter all den Umständen, was motiviert Sie dennoch jeden Tag, Pflegerin zu werden?

Klocker: Es sind die kleinen Momente, z. B. in meinem Praktikum diesen Sommer hatte ich einen Schlaganfall-Patienten, der anfangs nicht einmal ansprechbar war, am Ende aber wieder selbstständig duschen konnte. Die ein-



Pflegestudentin Anna Klocker: „In meinen Praktika bekomme ich mit, wie müde und ausgelaugt alle im Team sind.“

zelnen Schicksale zu verfolgen, gibt mir das Gefühl, ich kann etwas bewirken, und ich fühle mich in meiner Berufswahl bestätigt, wenn ein Patient mich anlächelt oder einfach „Danke“ sagt.

TAZ: Wie nehmen Sie den Pflegepersonalmangel bereits bei Ihren Praktika wahr?

Klocker: Auf allen Stationen, auf denen ich bisher tätig war, bekommt man mit, wie müde alle im Team sind, weil es einfach zu wenig Angestellte gibt und gleichzeitig aber immer mehr gefordert

wird. An eigentlich freien Tagen müssen die Pfleger:innen spontan einspringen, wenn jemand krank wird. Ich habe das auch selbst schon miterlebt: Eine Station war so sehr mit Patienten ausgelastet, dass wir Praktikanten zusätzlich gefragt wurden, ob wir kurzfristig im Nachtdienst mithelfen können.

TAZ: Gibt es auch Momente, in denen Ihnen einfach alles zu viel wird?

Klocker: Es gibt Tage, an denen mich die Arbeit schon emotional belastet und auch körperlich mit-

nimmt, weil ich es nicht gewohnt bin, zwölf Stunden durchzurennen. Wir werden zwar schon im Praktikum unterstützt, doch oftmals habe ich Fragen, für die keine Zeit bleibt. Außerdem möchte ich keinem noch zusätzlich zur Last fallen und übernehme z. B. das Bettenbeziehen alleine, obwohl es zu zweit leichter wäre. Das ist nicht schlimm, aber man merkt an so kleinen Details, dass die Kapazitäten knapper sind.

TAZ: Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Klocker: Bezahlte Praktika und das Abschaffen der Studiengebühren, um mehr junge Menschen für die Pflege zu begeistern! Wir brauchen dringend Personal, sonst sind wir es, die in Zukunft Zusatzschichten übernehmen müssen. Und spinnen wir den Faden weiter: Unsere Eltern und wir selbst werden einmal pflegebedürftig sein – wie soll das gehen, wenn keiner nachkommt? Wir alle werden also darunter leiden, wenn zu wenig Personal auf den Stationen beschäftigt ist. Pflege geht uns alle an.

Pflege-Demo: „Es ist 5 nach 12!“

Handlungsbedarf. Mehr als 1.000 Bedienstete in Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufen forderten am 10. November am Innsbrucker Klinikgelände lautstark Reformen. Der Protest fand österreichweit statt.

Es war ein ungewöhnlicher Anblick: Statt Patienten sammelten sich am 10. November Bedienstete der Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufe am Gelände der Innsbrucker Klinik, um mit Trillerpfeifen und Transparenten auf ihre verzweifelte Situation aufmerksam zu machen. Die Uhrzeit für den Start der Demo – „5 nach 12“ – war nicht zufällig gewählt: Sie steht für die viel zu lange Untätigkeit trotz bekannter „Baustellen“ im Pflegebereich.

Pflegeschlüssel verbessern. „Es ist unzumutbar, wenn Patient:innen einer ganzen Station am Abend nur von einer einzigen Pflegeperson betreut werden. Und natürlich benötigen wir eine deutlich bessere Bezahlung. Tirol liegt derzeit



Kämpfen für das Pflegepersonal: AK Vizepräsidentin Verena Steinlechner-Graziadei, AK Präsident Erwin Zangerl, Landeskliniken-Zentralbetriebsrätin Birgit Seidl und der Landesvorsitzender der GÖD, Gerhard Seier (v. li.).

rund 20 % unter dem österreichischen Schnitt. Gerade wegen der hohen Lebenshaltungskosten kann das so nicht bleiben“, forderte etwa Gerhard Seier, der Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, dringende Verbesserungen im Pflegeschlüssel.

Für die Vorsitzende des Zentralbetriebsrates der Tiroler Kliniken, Birgit Seidl, ist die Pflege inzwischen ein „Intensivpatient“: „Unsere Forderungen von besserer Bezahlung bis zu strukturierten Rahmenbedingungen müssen gehört und erfüllt werden. Mit dieser Demo richten wir unsere Anliegen ganz klar an die Entscheidungsträger von Land Tirol und Bund.“

„Es geht wie immer ums Geld, aber bei der Gesundheit – unserem wichtigsten Gut – darf nicht gespart werden. Ich gehe davon aus, dass das Land Tirol mit den Konzepten und Vorschlägen der AK Tirol jetzt endlich einem Pflege-notstand gegensteuern wird!“, betonte AK Präsident Erwin Zangerl vor den Demonstrierenden.

Die Hauptaktion „5 nach 12“ fand vor dem Wiener AKH statt, österreichweit und auch in Tirol gab es ebenfalls Kundgebungen. Sie alle wurden koordiniert von der „Offensive Gesundheit“, einem Verbund der Gesundheitsgewerkschaften, Ärzte- und Arbeiterkammer.





Symbolbild © Valeriistock.adobe.com

Pflege am Limit: Trotzdem sieht das Land für eine Verkürzung der Arbeitszeit keine Möglichkeit...

Mehr Freizeit gegen Flucht aus Pflege

Gesundheitsberufe. Eine Verkürzung der Arbeitszeit kommt für das Land aus gleichheitsrechtlichen Erwägungen nicht in Frage. Zeitgutschriften bei hohen Belastungen könnten Erholung bringen.

Die dramatische Situation, in der sich viele Pflegekräfte wiederfinden, ist nicht neu. Bereits vor der Corona-Pandemie litten Beschäftigte in diesem Bereich unter den starken psychischen und physischen Belastungen. Durch die Corona-Krise wurde dies nochmals verstärkt, gleichzeitig wurde auch der Personalmangel deutlicher spürbar.

Alarmglocken. Doch diese belastende Situation hat massive Auswirkungen auf die Betroffenen: „Derzeit denkt ein Fünftel des Pflegepersonals daran, den Beruf zu verlassen“, berichtet AK Präsident Erwin Zangerl. „Viel zu lange hat man diese Entwicklung offensichtlich nicht wahrgenommen, vielleicht nicht wahrnehmen wollen. Aber spätestens jetzt müssten doch alle Alarmglocken schrillen! Ein möglicher Verlust von gut ausgebildeten Fachkräften kann nicht so einfach wettgemacht werden,

speziell in diesem sensiblen Bereich sind entsprechend qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nötig!“

Zangerl: „Es ist an der Zeit, dass die Politik endlich etwas unternimmt, denn es geht hier um ein gesamtgesellschaftliches Problem. Davon betroffen ist nicht nur die Gesundheit des Personals, das laufend am Arbeitsplatz gefordert ist, es geht auch um die Sicherheit der betreuten Patienten, Bewohner und Klienten.“

Zur Entlastung wären mehrere Möglichkeiten zwar denkbar, aber offenbar nicht alle auch umsetzbar. So geht aus einem Schreiben von Gesundheitslandesrätin Mag. Annette Leja vom 27. Juli 2021 hervor, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit im Sozial- und Gesundheitsbereich vom Land aufgrund gleichheitsrechtlicher Erwägungen nicht angedacht wird. „Dies ist zwar nachvollziehbar. Aber Beifall oder die Auszahlung von Corona-Boni allein bringen

den Pflegekräften wenig, denn der Nachhall des Applaudierens verblasst sehr rasch und die Belastung wird nicht geringer“, betont der AK Präsident.

Zeitgutschriften. Fakt ist: Damit unser gut ausgebildetes Personal seine Berufe im Pflegebereich nicht verlässt, müssen aktiv Handlungen gesetzt werden. Eine Handlung besteht unter anderem darin, Belastungen zu reduzieren bzw. die Regenerationszeit zu erhöhen. So besteht z. B. auch die Möglichkeit, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit einer hohen Belastung durch Zeitgutschriften besonders zu honorieren. Eine gleichheitswidrige Behandlung ist durch dieses sogenannte Zeitzuschlagsystem nicht zu befürchten. Trotzdem ermöglichen zusätzliche Freizeitblöcke Entlastung und die Möglichkeit zur Erholung. Denn jede Pflegekraft, die sich gegen den Beruf entscheidet, ist eine wertvolle Fachkraft zu viel.

KOSTENLOS BESTELLEN

AK Analyse zur Pflege in Tirol

Wer könnte besser Bescheid wissen, wo es bei den Pflege- und Betreuungsberufen krankt, als die Betroffenen selbst? Deshalb hat die AK Tirol für ihre Analyse zum Thema „**Pflege und Betreuung 20.30**“ die Beschäftigten in der Gesundheitsbranche gefragt, was funktioniert und wo es dringende Verbesserungen geben muss. Sie möchten auch Teil unserer Kampagne werden? Dann schreiben Sie uns Ihre Meinung an pflege@ak-tirol.com. Die Analyse „**Pflege. Handeln. Jetzt!**“ gibts auf www.ak-tirol.com bzw. unter presse@ak-tirol.com

JETZT BONUS BEANTRAGEN

AK Tirol fördert Pflegeausbildung mit bis 1.000 Euro: Antrag holen!

Schon jetzt hat Tirol ein akutes Personalproblem im Pflegebereich, bis zum Jahr 2030 sind zusätzliche 7.000 Pflegekräfte nötig! Deshalb muss an vielen Schrauben gedreht werden, um die so wichtigen Berufe attraktiver zu machen, beginnend bei der Ausbildungsentlohnung: 130 bzw. 180 Euro, die derzeit in der Ausbildung zur Pflegeassistenz bzw. Pflegefachassistenz ausbezahlt werden, sind nur ein Taschengeld, beim Diplom fallen sogar Studiengebühren an, Praktika bleiben unentlohnt. Deshalb fordert die AK Tirol

Verbesserungen. Und sie prämiiert über die „**AK Zukunftsaktie Pflege**“ abgeschlossene Ausbildungen. Für die einjährige Ausbildung zur Pflegeassistenz werden **300 Euro** ausbezahlt, für die zweijährige Ausbildung zur Pflegefachassistenz **600 Euro** und nach dem dreijährigen Krankenpflegestudium **1.000 Euro**.

Bonus beantragen! Absolventinnen und Absolventen, die seit dem 1.1.2020 ihre Ausbildung abgeschlossen haben, wenden sich unter 0800/22 55 22 – 1515 an die Bildungsabteilung der AK Tirol!



ZUM VIDEO



**PFLEGE.
HANDELN.
JETZT!**

Mehr unter ak-tirol.com

Wasserstoff: Stoff der Zukunft?

Auto-Akkus. Im Zuge der voranschreitenden Ökologisierung im Verkehrsbereich wird neben der batterieelektrischen Mobilität auch die Wasserstoffmobilität als Alternative ins Spiel gebracht, um CO₂-Emissionen einzusparen. Doch wie sieht es tatsächlich mit Wasserstoff im Verkehrsbereich aus?



Die andere Seite der Energiewende
AZ-Serie, Teil IV.

Grundsätzlich ist die Funktionsweise eines Wasserstoffautos relativ simpel. Der im Fahrzeug in einem Tank gespeicherte Wasserstoff wird mittels einer Brennstoffzelle in Strom umgewandelt, welcher wiederum einen Elektromotor antreibt. Gegenüber den batterieelektrischen Fahrzeugen weisen Wasserstofffahrzeuge als Vorteile schnellere Tankvorgänge und eine hohe Energiedichte auf, was weniger Platzbedarf im Auto bedingt.

Der Energieträger Wasserstoff lässt sich jedoch nicht wie etwa Holz, Kohle oder Erdöl leicht aus der Natur fördern, sondern wird mittels eines elektrochemischen Prozesses hergestellt. Mittlerweile gibt es eine ganze Bandbreite an diversen Wasserstoffarten, die

sich bezüglich ihrer Herstellung unterscheiden.

So wird etwa „grauer Wasserstoff“ aus Erdgas gewonnen, während „gelber Wasserstoff“ mittels Elektrolyse von Wasser mit Strom aus Kernkraft erzeugt wird. Im Diskurs rund um die Dekarbonisierung im Verkehrsbereich wird jedoch vom „grünen Wasserstoff“ gesprochen, welcher mittels Elektrolyse, also durch elektrische Spaltung von Wasser, durch Strom aus erneuerbaren Quellen hergestellt wird. Für eine neutrale CO₂-Bilanz von Wasserstoffanwendungen ist eine nachhaltige Produktion entscheidend. Betrachtet man den Herstellungsprozess von grünem Wasserstoff, so lässt sich erkennen, dass die elek-

trochemische Erzeugung sehr kosten- und energieaufwendig ist, was nicht im Sinne der gewünschten Energieeffizienz ist.

Aktuell befindet sich in Tirol lediglich eine Wasserstofftankstelle. Hier ist es möglich, ein Kilo Wasserstoff für einen Preis von knapp neun Euro zu tanken. Jedoch handelt es sich um einen gedeckelten Betrag, da die realen Herstellungskosten um ein Vielfaches höher wären und hier nicht

zwingend die Gewinnerzielung im Vordergrund steht. Bei einem Tankvolumen von knapp 6 Kilogramm betragen die Kosten einer „Volltankung“ um die 60 Euro, womit ca. 600 Kilometer zurückgelegt werden können. Zudem handelt es sich hierbei um „grauen Wasserstoff“, welcher in der heutigen Wasserstoffproduktion den größten Anteil ausmacht und als nicht klimaneutral gilt.

Technisch betrachtet könnte Wasserstoff in nahezu allen Bereichen der Landwirtschaft, der Schiff- und Luftfahrt, des privaten Individualverkehrs sowie

im Personen- und Güterverkehr eingesetzt werden. Da jedoch die Preise für einen privaten H₂-betriebenen Pkw wie auch jene der Herstellungskosten des grünen Wasserstoffs extrem hoch sind, darf eine flächendeckende Verbreitung bezweifelt werden.

Wenn sich Wasserstoff im Verkehrsbereich überhaupt etabliert, sollte das Hauptaugenmerk auf dem ÖPNV und dem regionalen Güterverkehr liegen, da gerade hier die Nutzung der Wasserstoffmobilität eine Chance wäre, die letzte Meile umweltfreundlicher zu bewältigen.

© Mediaparts/stock.adobe.com

2G: Was tun bei Abo-Verträgen?

Fitnessstudio, Sauna & Co. Die seit 8. November geltenden 2G-Regelungen werden zur Herausforderung für Konsumenten und Unternehmen. Bei den AK Expertinnen und Experten laufen die Telefone heiß.

Aufgrund der seit 8. November 2021 geltenden 2G-Regelung in vielen Lebensbereichen können ungeimpfte Personen etwa ihre (laufenden) Abo-Verträge (z. B. diverse Kurse, Sauna oder Fitnessstudio) nicht mehr nutzen. Daher stellt sich die Frage, ob für sie dennoch eine (weitere) Zahlungsverpflichtung besteht oder aber für den Zeitraum der 2G-Regel keine (weiteren) Zahlungen geleistet werden müssen. Es handelt sich hierbei um juristisches Neuland, viele Fragen sind offen, (höchst-)

gerichtliche Entscheidungen gibt es noch keine. Deshalb können auf viele Fragen derzeit keine allgemein gültigen Antworten gegeben werden, Klarheit können erst künftige gerichtliche Entscheidungen bringen. Es kommt auch auf den jeweiligen Einzelfall an, etwa auch auf den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und individuelle vertragliche Vereinbarungen.

Einvernehmliche Lösung. Konsumenten, die ihren Abo-Vertrag aufgrund der aktuellen 2G-Regelung nicht (mehr) nutzen können,

weil das Unternehmen ungeimpfte Kunden nicht in die Geschäftsräumlichkeiten einlassen darf, sollten zuallererst das Gespräch mit dem jeweiligen Unternehmen bzw. mögliche gemeinsame Lösungsvarianten suchen, etwa, dass der Vertrag für den Zeitraum der Gültigkeit der aktuellen 2G-Regelungen ausgesetzt bzw. stillgelegt wird.

Sollte keine einvernehmliche Einigung möglich sein, können Betroffene den Unternehmer informieren, dass die Rechtsmeinung vertreten wird, dass für den

Zeitraum der Geltung der 2G-Regel keine (weitere) Zahlungsverpflichtung besteht und daher verlangte Beiträge nur unter Vorbehalt bezahlt werden. Falls diese Rechtsmeinung in der Folge auch gerichtlich bestätigt würde, könnten diese Beiträge dann zurückverlangt werden.

Grundsätzlich könnten Betroffene für den Zeitraum der Nichtnutzbarkeit der Leistung auch keine weiteren Zahlungen mehr leisten. Weil aber derzeit höchst unklar ist, wie die Gerichte die jeweiligen Sachverhalte beur-

teilen, ist in diesem Fall mit entsprechenden Nachforderungen zu rechnen. Unabhängig davon können Verträge – je nach individuellen Kündigungsvereinbarungen (die weiterhin gelten) – auch zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt werden, falls keine einvernehmliche Einigung erzielt werden kann.

AK KONSUMENTENSCHUTZ

Die AK Konsumentenschutz helfen unter **0800/22 55 22 – 1818**, per eMail an konsument@ak-tirol.com

FORDERUNG

Befreiung von
Rezeptgebühren
verbessern!

Menschen, die an chronischen Krankheiten leiden oder aus anderen Gründen viele Medikamente brauchen, müssen auch viel Geld dafür ausgeben. Deshalb soll Betroffenen die Richtlinie für die Befreiung von den Rezeptgebühren eine finanzielle Erleichterung bringen.

Derzeit sind für jede Arznei, die auf einem Rezept verordnet und auf Rechnung des Versicherungsträgers bezogen wird, 6,50 Euro als Rezeptgebühr zu bezahlen. Diese Rezeptgebühr fällt solange an, bis im jeweiligen Kalenderjahr eine Obergrenze von 2 % des jeweiligen Jahresnettoeinkommens überschritten wird, danach sind Versicherte für den Rest des Kalenderjahres von der Rezeptgebühr befreit.

Mehrbelastung

Diese an sich soziale Regelung hat in den vergangenen Jahren leider an Wirksamkeit verloren: Weil bei immer mehr verschreibungspflichtigen Medikamenten der tatsächliche Abgabepreis niedriger ist als die Rezeptgebühr, können sie laut derzeitiger Rechtslage in der Berechnung für die Rezeptgebühren-Obergrenze nicht berücksichtigt werden. Das bedeutet wiederum für die Betroffenen, die ja trotzdem weiter ihre Medikamente einnehmen müssen, eine entsprechende finanzielle Mehrbelastung!

Die AK Tirol fordert, dass

- verschreibungspflichtige Medikamente künftig auch dann für die Obergrenze berücksichtigt werden, wenn die Abgabekosten dafür unter der Rezeptgebühr liegen, und
- der daraus resultierende Kostenausfall den Krankenversicherungsträgern aus Steuermitteln ausgeglichen wird.

AK SERVICE

Fahrplan
für Eltern

Mit dem handlichen „Eltern-Fahrplan“ der AK Tirol fällt die Bürokratie rund ums Baby kriegern leichter. Er enthält alle Eckdaten in zeitlicher Abfolge – von vorgeschriebenen ärztlichen Untersuchungen über das Melden des neuen Familienmitglieds bis hin zum Wiedereintritt nach der Karenz, informiert über die richtigen Ansprechpartner vom Arzt bis zum Standesamt, welche Ansprüche bestehen und welche Unterlagen dafür vorzulegen sind. Kostenlos anfordern unter 0800/22 55 22 – 1432 oder herunterladen auf www.ak-tirol.com

„Wir wachsen
auf Kosten anderer“

Energiewende. Felix Dorn ist promovierter Geograph und beschäftigt sich an der Universität Innsbruck unter anderem mit sozialökologischen Konflikten. Der Lithium-Abbau in Südamerika bietet ihm dafür ein breites Forschungsfeld.



Lithiumabbau: Vor allem in den Salzseen Argentiniens (o.), Boliviens und Chiles wird ein großer Teil des weltweiten Lithiums abgebaut. Mit Folgen für die Umwelt.

TAZ: Herr Dorn, Sie beschäftigen sich in ihrer Arbeit sehr stark mit den Machtverhältnissen in globalen Produktionsnetzwerken. Kann man am Beispiel Argentinien oder Chile – Ländern, in denen sehr viel Lithium zur Akku-Erzeugung produziert wird – zeigen, wie solche Netzwerke funktionieren?

Felix Dorn: Lithium wird in Südamerika vor allem in Gegenden abgebaut, in denen indigene Gemeinschaften leben. Diese Gemeinschaften haben ein spezifisch indigenes Recht. Man spricht hier von der ‚Consulta previa‘, also dem Recht dieser Völker auf Mitsprache bei administrativen und politischen Angelegenheiten, insbesondere aber bei der Ausbeutung natürlicher Ressourcen auf indigenen Territorien. Die Consulta previa resultiert aus einer Konvention der internationalen Arbeitsorganisation und wurde 2000 auch von Argentinien ratifiziert, wobei zwischen Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre fast jedes südamerikanische Land diese Konvention ratifiziert hat. Der Staat muss also dafür Sorge tragen, dass diese Rechte eingehalten werden. Das stellt ein massives Problem dar. Ein Land wie Argentinien, in dem ein großer Teil des Lithiumabbaus erfolgt, hat natürlich noch andere Interessen. In Argentinien ist der Bergbau etwa föderal organisiert, sodass hier arme Provinzen direkt mit den großen Bergbauunternehmen verhandeln sollen. Hier zeigt sich, dass die Bergbauunternehmen und der Staat oft im gleichen Team spielen, da die Einnahmen natürlich für den Staatshaushalt enorm wichtig sind.

TAZ: Das heißt kleine Gemeinschaften stehen Staats- und Konzerngebilden gegenüber...

Dorn: So ist es. Dabei vertiefen sich die Abhängigkeiten der indigenen Gemeinschaften gegenüber den transnationalen Bergbaukonzernen. Das ist in Argentinien ebenso zu bemerken wie in Chile. Es entsteht dadurch auch eine Abhängigkeit vom Weltmarkt, da die lokale Bevölkerung alles auf eine einzige Aktivität, nämlich auf den Abbau von Lithium ausrichtet. Macht man sich aber von nur einem Rohstoff abhängig, ist man natürlich auch abhängig von den Preisen und deren Schwankungen. Hier befinden sich lokale, indigene Gemeinschaften plötzlich mitten im Weltmarkt.

TAZ: Wie wirkt sich das auf die indigene Bevölkerung aus?

Dorn: Es gibt unterschiedliche Reaktionen. Eine Seite reagiert sehr stark mit Widerstand und versucht die Bergbauunternehmen zu vertreiben. Die andere Seite arbeitet mit den Bergbauunternehmen zusammen. Dadurch kommt es zu einer direkten, monetären Partizipation, also Finanzzahlungen, die durchaus beträchtlich sein können, wie etwa in Chile. In Argentinien sind diese Zahlungen deutlich geringer. Das liegt daran, dass sich die indigenen Gemeinschaften in einer deutlich prekäreren Lage befinden und eine deutlich schwächere Verhandlungsposition haben. In Chile gab es schon vor dem

baufirmen, sondern zwischen und innerhalb der Gemeinschaften selbst.

TAZ: Sie haben in einem Kommentar von der „wachstumsgetriebenen Expansionslogik des Wirtschaftssystems“ gesprochen. Anders gefragt: Kommt der Reichtum der einen aus der Armut der anderen?

Dorn: Unser Reichtum bzw. unser Wohlstand beruhen natürlich auf der Auslagerung von sozialen und ökologischen Kosten. Und ausgelagert wird an andere geografische Orte, in Bezug auf Lithium etwa nach Argentinien oder Chile. Viele Sozialwissenschaftler weisen auf unsere imperiale Lebensweise hin, ein Begriff, dem ich durchaus viel abgewinnen kann.

ZUR PERSON

Felix M. Dorn (hier auf einer seiner Reisen in Südamerika) ist Geograph und forscht zu Fragen der Ressourcengewinnung im Kontext nachhaltiger Entwicklung, damit verbundenen sozial-ökologischen Konflikten und möglichen Alternativen. Aufgrund seiner Verbundenheit zu Südamerika stieß Dorn im Zuge seiner Dissertation auf den dortigen Lithiumabbau und seine Auswirkungen.



Lithiumabbau in der Region Atacama einen touristischen Boom. Es gab also Einnahmen aus anderen Wirtschaftszweigen. In Argentinien ist die lokale Wirtschaft meist auf den eigenen Konsum ausgerichtet und besteht aus Salzabbau, Viehzucht und Textilhandwerk. Solche Aktivitäten werden jetzt zunehmend aufgegeben. Denn plötzlich gibt es bezahlte Arbeitsplätze im Lithiumbergbau und damit eine schnell voranschreitende Monetarisierung der indigenen Gemeinschaften. Es geht plötzlich überall um Geld. Auch wenn in einigen Dörfern im Schnitt je eine Person pro Familie im Lithiumbergbau beschäftigt ist, führt das unweigerlich zu Ungleichheiten innerhalb und zwischen den indigenen Gemeinschaften. Dadurch ist das Konfliktpotenzial natürlich gestiegen und zwar nicht gegenüber den Berg-

TAZ: Wirft das nicht auch einen Schatten auf das Thema E-Mobilität?

Dorn: Die E-Mobilität gilt als ein Lösungsansatz, um die Klima-Probleme in den Griff zu bekommen. Propagiert werden also technologische Ansätze, die dafür sorgen sollen, dass alles so bleibt, wie es ist. In einer breit angelegten Mobilitätswende kann die E-Mobilität durchaus ein kleiner Teil der Lösung sein. Ein bloßer Austausch der Antriebsart ist jedoch keine Lösung. Wenn wir nach wie vor versuchen, jedes Jahr zwei Millionen Autos mehr als im Vorjahr zu verkaufen, dann geht dieses Wachstum zulasten der Natur und auf Kosten anderer. Unser wachstumsfixiertes Wirtschaftssystem ist ein großes Problem für die Bekämpfung des Klimawandels. Das wird zwar gerne ausgeblendet, muss aber gelöst werden.

Auf dem Teppich bleiben!

AK warnt. Beharrlich werben unseriöse Teppichreinigungsfirmen um Kunden. Lesen Sie hier, worauf Sie achten sollten, und schauen Sie rein in unser Video!

Bunte Anzeigen, angeblich tolle Rabatte, die aber nur wenige Tage gelten, Gratis-Abholservice etc.: In den letzten Wochen werben wieder vermehrt offenbar unseriöse Teppichreinigungsfirmen mit Inseraten in Zeitungen oder beigelegten Flyern. Deshalb warnen die AK Konsumentenschützerinnen und Konsumentenschützer noch einmal davor, vorschnell und unüberlegt Verträge abzuschließen. „Das kann für Betroffene schnell zur Kostenfalle werden!“

16.440 statt 250 Euro. Immer wieder hatten sich in den letzten Jahren Betroffene gemeldet, von denen Unsummen für die Reinigung der Teppiche oder angeblich notwendige Reparaturen verlangt wurden: 2016 musste eine Unterländerin 16.400 Euro für fünf kleine Teppiche bezahlen. Recherchen der AK Tirol ergaben, dass sie bei einer heimischen Textilreinigung nur 250 Euro bezahlt hätte.

Deshalb empfehlen die AK Expertinnen und Experten, im Vorfeld Angebote bei schon länger bestehenden ortsansässigen Unternehmen einzuholen und zu vergleichen sowie nichts unüberlegt oder unter Druck zu unterschreiben.



Bleiben Sie skeptisch bei:

Preis. Bei den Tiroler Textilreinigern kostet die Reinigung von Orientteppichen pro Quadratmeter derzeit ca. 21 bis 23 Euro.

Spezialwäsche. Geworben wird oft auch mit einer angeblich besonders schonenden und deshalb teuren Spezialwäsche. Aber wer kann schon beurteilen, wie sie tatsächlich gereinigt wurden!

Firmensitz. Wenn Unternehmen noch nicht lange ortsansässig sind oder überhaupt keinen Firmensitz haben, ist das ein erstes Indiz für die mögliche Gefahr einer Abzocke.

Gratis-Abholservice. Auch bei einem angeblich kostenlosen Abhol- und Lieferservice sollten die Alarmglocken läuten. Denn niemand schenkt einem etwas! Das „kostenlose“ Angebot könnte nachher teuer zu stehen kommen!

Hausbesuch. Seien Sie auch vorsichtig, und überlegen Sie immer gut, wen sie in die Wohnung kommen lassen möchten.

Expertisen. Konsumenten wird oft vorgegaukelt, wie besonders wertvoll ihr Teppich sei, obwohl Mitarbeiter solcher Firmen oft gar nicht die Fachkenntnisse für solche Schätzungen haben. Aber für unseriöse Anbieter ist dies ein Scheinargument, um ihre manchmal sündteuren Dienstleistungen rechtfertigen zu können. Daher – auch wenn es einem schmeichelt – nicht immer alles sofort glauben, sondern gegebenenfalls lieber eine Zweitmeinung bei einem schon länger bestehenden, ortsansässigen Unternehmen einholen.



Aktuelle Seminare

Kostenlose Lernbegleitung
Start ab 10. Jänner 2022

Deutsch als Fremdsprache auf allen Niveaus
Start am 13. Dezember 2021

Berufsbegleitend Studieren
Start am 1. Jänner 2022

Pharmazeutisch-kaufmännische_r Assistent_in
Start am 18. Jänner 2022

Berufsreifeprüfung Tagesvariante
Start am 21. Februar 2022

Ausbildung zur Hilfskraft im Elektrobereich
Start am 21. Februar 2022

Fortbildung für E-Trainer_innen
Start am 8. März 2022

Fachlehrgang Firewall-Administration
Start am 21. März 2022

Hortpädagogik - Zusatzausbildung für Elementarpädagog_innen
Start am 16. September 2022

www.bfi.tirol

AK FRAKTIONEN ZUM THEMA

Wohnraum kaum noch leistbar: Kommt die nächste Krise?

Wohnkosten wieder auf Schiene bringen!

Liste Erwin Zangerl, AAB-FCG



Die Tiroler Arbeiterkammer hat mit den Sozialpartnern bereits im Jahr 2016 ein umfassendes Strategiepapier vorgelegt und dieses laufend erweitert.

Fest steht: Es muss jetzt

jede Möglichkeit genutzt werden, um Wohnen leistbarer zu machen, und das rasch. Denn steigen die Preise weiter, bleibt auch weniger Geld für den Konsum, deshalb sollte dies auch im Interesse der Wirtschaft liegen. Zweckbindung der Wohnbauförderung, Forcierung des sozialen Wohnbaus, Einführung von Vorbehaltsflächen, Zweitwohnsitzabgabe oder die Befristung von Baulandneuwidmungen auf zehn Jahre – das sind nur einige der Möglichkeiten, die die Preisspirale stoppen sollen. Auch die CO₂-Steuer ist leider kein großer Wurf, sie wird das Wohnen verteuern, ebenso wird sie die Energiekosten nach oben treiben, wobei auch die Inflation hier wesentlicher Preistreiber ist. Wir werden kurzfristige Lösungen brauchen, denn niemand darf im Winter in der kalten Wohnung sitzen, weil er sich das Heizen nicht mehr leisten kann. Und wir werden im kommenden Jahr Nägel mit Köpfen machen müssen, um die entgleisten Wohnpreise wieder auf Schiene zu bringen.

Erwin Zangerl, AK Präsident

Wohnproblem ist nur gemeinsam zu lösen

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen, FSG



Die kolportierten Klimaschutzmaßnahmen treffen einerseits die, die ohnehin nicht wissen, wie sie alles korrekt bezahlen sollen, und/oder andererseits jene, die mit harter, ehrlicher Arbeit ihren

Lebensunterhalt verdienen. Die wahren Umweltsünder werden es sich wieder einmal richten und die türkisgrünen Politiker:innen verkaufen das noch als den größten Erfolg aller Zeiten! Ja, es benötigt Maßnahmen, um den Klimawandel einzudämmen, aber auf Basis einer gemeinsamen ökoSOZIALEN Transformation unserer Gesellschaft! Eine flächendeckende Vertragsraumordnung wäre ein wichtiges Instrument gegen explodierende Wohnkosten. Die Raumordnungspolitik in Tirol lässt gewidmeten Grund in falschen Händen und hat seit Jahren in Tirol de facto keine Verbesserungen umgesetzt. Die Nutzung von nicht genutzten Landwirtschaftsflächen, ein Verbot von Baulandhortung, die Schaffung von geförderten Mietwohnungen, die Errichtung von Jugendstarterwohnungen, die Mehrfachnutzung von Supermärkten – all diese schon vorliegenden Forderungen gehören endlich in einem Gesamtkonzept in Tirol umgesetzt! Nur zu versuchen, alle Einzelinteressen zu berücksichtigen, wird nie zu einem Erfolg führen!

Bernhard Höfler, Fraktionsvorsitzender

CO₂-Steuer wird Situation verschärfen

FPÖ



Das „Heilige Land“ Tirol ist ohne Zweifel einer der schönsten Plätze auf unserer Erde. Tirol ist aber auch jener Ort, wo hohe Lebenserhaltungskosten und niedrige Löhne aufeinanderprallen.

Dieser ungenießbare Cocktail bedeutet für viele Tirolerinnen und Tiroler ein Leben am Existenzminimum. In vielen Fällen bleibt nach Abzug der Miete nur noch wenig Geld zum Leben übrig, und wer nicht in den Genuss einer Erbschaft kommt, für den bleibt Eigentum meist ein unfinanzierbarer Traum. Seit vielen Jahren verspricht die Politik Lösungen, aber scheitert kläglich. Die CO₂-Steuer wird die Situation zusätzlich verschärfen. Es braucht einen großen Maßnahmenmix anstatt partieller Experimente. Für Immobilienhaie und Spekulanten muss der Wohnungsmarkt unattraktiv werden, effektive Fördermodelle zur Umsetzung flächensparender Bauformen, die Abschaffung von unzweckmäßigen und kostentreibenden Normen im Wohnbau und Vorrang für österreichische Staatsbürger bei der Vergabe von geförderten Wohnungen würden enorm viel Druck vom völlig aufgeblähten Wohnungsmarkt nehmen. Wohnen ist ein Grundbedürfnis und darf nicht zum Luxus werden!

Patrick Haslwanter, Fraktionsvorsitzender

Mit dem eigenen Lebensstil beschäftigen

Grüne in der AK



Die Preise für gewidmete Grundstücke explodieren und werden oft in Erwartung weiterer Gewinne gehortet. Nicht bebauter Bauland und nicht genutzter Wohnraum müssen

mit einer spürbaren Leerstandsabgabe belegt werden. Dieses Geld muss dann zweckgewidmet in die Energieoptimierung bestehenden Wohnraums investiert werden. Bei Neubauten können – abgesehen von eventuell günstigeren Grundstückspreisen – nur bei der Ausstattung und Qualität die Kosten verringert werden.

Letztendlich wirklich und auf Dauer kann aber nur bei den Betriebskosten gespart werden! Will ich meine Wohnkosten senken, dann muss ich mich mit meinem Energieverbrauch und damit mit meinem Lebensstil beschäftigen. Eine professionelle Energieberatung kann hier viele Einsparungsmöglichkeiten aufzeigen. Manchmal wird auch in bauliche Maßnahmen sowie neue Systeme und Geräte investiert werden müssen. Bestehende Förderungen müssen ausgebaut und erhöht werden. Fossile Energie wird teurer werden und ich kann nur mit Sparen und dem Umstieg auf erneuerbare Energien langfristig meine Wohnkosten senken.

Helmut Deutinger, Fraktionsvorsitzender

FACTS RAT & SERVICE

Internatskosten: Ersatz für Lehrlinge

Rund 800 Euro müssen Lehrlinge für Internatskosten bezahlen, wenn sie die Berufsschule besuchen, aber zu diesem Zeitpunkt kein aufrechtes Lehrverhältnis haben. Das kann vorkommen, wenn die Berufsschulklasse nach Ende der Lehrzeit beginnt oder das Lehrverhältnis vor Beginn der Berufsschule abgebrochen wurde. Während aber etwa Lehrberechtigte die Internatskosten für ihre Lehrlinge ersetzt bekommen, müssen die „außerordentlichen“ Berufsschülerinnen und Berufsschüler für den 9,33-wöchigen Aufenthalt die rund 800 Euro selbst bezahlen. Ein Ersatz ist nicht vorgesehen.

Deshalb fordert die AK Tirol eine Änderung im Berufsausbildungsgesetz, damit neben den Lehrbetrieben auch Jugendliche ohne Lehrverhältnis einen solchen Ersatz der Unterbringungskosten inkl. Verpflegung bei der Lehrlingsstelle beantragen können.

GUT ZU WISSEN

AK Infos für Junge auch auf Instagram

Ob ihr mit einem Ferialjob euer Taschengeld aufbessern wollt oder in eurer Ausbildung ein Pflichtpraktikum vorgesehen ist, ob ihr einen Nebenjob habt oder eine Lehre absolviert: Sobald junge Menschen ihre ersten Erfahrungen im Arbeitsleben sammeln, sind viele erstmals mit arbeitsrechtlichen Fragen konfrontiert. Auch in dieser Lebenslage ist die AK Tirol für euch da – mit Information, Beratung und Hilfe. Was die AK Tirol alles für junge Menschen zu bieten hat, erfahrt ihr jetzt auch über Instagram.

Das Team der AK Jugendabteilung ist für euch da unter **0800/22 55 22 – 1566** oder jugend@ak-tirol.com



@junge_aktirol – auch hier gibts die Infos, die du brauchst!

AK Jugendabteilung auf einen Blick

Wusstet ihr, dass unser Team nicht nur bei Fragen zur Lehre hilft, sondern auch bei Ferialjob und Pflichtpraktikum? Das Angebot ist vielfältig und umfasst:

- **Rechtsvertretung** gegenüber Betrieben, wenn notwendig auch vor Gericht,

- **Gutscheine** für Nachhilfe für Lehrlinge,
- **Vorträge** in Berufsschulen, Betrieben etc. zu Rechten und Pflichten im Lehrverhältnis bzw. Pflichtpraktikum,
- **Veranstaltungen**, wie z. B. Infoabende zu wichtigen Themen, den Lehrlings-Projektwettbewerb etc.
- **Broschüren** wie z. B. „Dein Recht als Lehrling“, „Von der Schule in die Lehre“, „Arbeitszeitkalender“, „Arbeiten in den Ferien“, „Pflichtpraktikum im

- Hotel- und Gastgewerbe“ oder „Die erste eigene Wohnung“
- das Projekt „**Tiroler*innen auf der Walz**“, mit dem AK Tirol und Standortagentur Tirol ermöglichen, während der Lehrzeit bzw. des Pflichtpraktikums Arbeitserfahrungen im europäischen Ausland zu sammeln, und
- das Projekt „**Rückenwind**“ für Jugendliche, die auf der Suche nach „ihrem“ Weg sind: Ihnen ermöglicht die AK Tirol in Kooperation mit dem

Europäischen Solidaritätskorps und dem Verein Cubic Projektwochen im In- und Ausland.

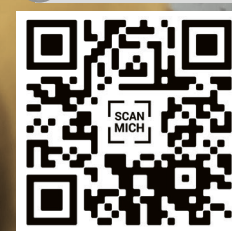
Wer mehr wissen möchte, meldet sich einfach unter **0800/225522 – 1566**, jugend@ak-tirol.com oder kommt persönlich vorbei!



BERUFSSCHULE: DAS SOLLTST DU WISSEN

Dual ist genial!

ZUM VIDEO



Symbolbild, © Medteraneo/stock.adobe.com

Berufswahl. Die Lehrlingsausbildung in Österreich verbindet betriebliche Praxis und theoretischen Unterricht. Hier gibts die wichtigsten Infos zur Berufsschule.

Jeder, der in Österreich eine Lehrausbildung macht, absolviert eine sogenannte **dual** Ausbildung. Dual, das heißt: Es gibt zwei Lernorte – den Betrieb und die Berufsschule. Lehrlinge besuchen immer die Berufsschule in jenem Schulsprenkel, in dem sich ihr Lehrbetrieb befindet.

Das Team der AK Jugendabteilung hat für alle Lehrlinge, und die, die es noch werden möchten,

die Antworten auf die wichtigsten Fragen zum Thema Berufsschule zusammengestellt.

Wann? Die Berufsschule findet entweder ganzjährig statt – mit mindestens einem vollen Schultag pro Woche, oder lehrgangsmäßig ca. 10 Wochen lang durchgehend. Berufsschulpflichtig ist jeder Lehrling zwischen Lehrzeitbeginn und Lehrzeitende laut Lehrvertrag.

Wo? In Tirol gibt es 21 Fachberufsschulen. Rund 600 Tiroler Jugendliche besuchen die Berufsschule jedoch in anderen Bundesländern, weil es in ihrem Lehrberuf in Tirol keine Berufsschule gibt. So kommen angehende Optiker aus ganz Österreich für die Berufsschule nach Tirol, künftige Tiroler Fitnessbetreuer, Zahn-techniker u.v.m. fahren in andere Bundesländer. Internatskosten zahlt der Lehrbetrieb.

Wie? Die Anmeldung zur Berufsschule muss der Lehrbetrieb innerhalb der ersten zwei Wochen ab Lehrstart vornehmen.

Berufsschulzeit ist wie Arbeitszeit: Das Lehrlingseinkommen wird regulär weiterbezahlt, es gelten aber auch die gleichen Regeln wie im Betrieb. Also Krankenstände melden und Arztbestätigungen bringen, pünktlich sein etc.

Wirtschaftliches Know-how

Wissenslücken. Eine 2020 präsentierte Studie zeigt, Jugendliche haben in Sachen Finanzbildung Aufholbedarf. Die AK werkstatt bietet deshalb Schul-Workshops an.

Nicht selten tappen Jugendliche schon früh in die Schuldenfalle. 2020 war fast die Hälfte aller Personen mit Zahlungsproblemen in Österreich jünger als 35 Jahre. Um den verantwortungsbewussten Umgang mit Geld und Konsum stärker zu thematisieren, bietet die AK Tirol den Workshop „FiT

– **Financial Training**“ für Schulklassen an. Über eine App werden wirtschaftliche Entscheidungssituationen simuliert, damit Jugendliche typische Muster von Fehlverhalten erkennen und sich ihrer finanziellen Entscheidungen bewusster werden. Dieser Workshop wurde zusammen mit dem Institut für Banken und Finanzen der Uni Innsbruck entwickelt.

Angeboten wird auch der Workshop „**Schau aufs Geld**“ in Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion Tirol. Ziel ist es auch hier, den Umgang mit Geld zu trainieren und die Überschuldung von Jugendlichen zu verringern. Seit dem Start 2011 besuchten bereits über 19.000 Jugendliche diesen Workshop. Einen Einblick in den volkswirt-

schaftlichen Kreislauf bekommen Schülerinnen und Schüler in den Planspielen „**Wirtschaft**“ und „**Nachhaltigkeit**“. Dabei schlüpfen die Beteiligten in verschiedene Rollen und erfahren Wissenswerte z. B. über Lohnquote, Bilanz oder Sozialpartnerschaft.

Details und Buchung auf ak-tirol.com/service/akwerkstatt

AK BROSCHÜRE Bewerbung leicht gemacht

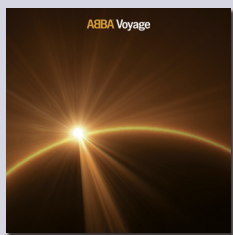
Eine gute Bewerbung ist die beste Visitenkarte für den Berufseinstieg oder -umstieg. In der AK Broschüre „**Bewerbung leicht gemacht**“ gibt es Anregungen und Anleitungen, worum es beim Thema Bewerbung überhaupt geht, wie eine Bewerbung gestaltet werden kann und welche Unterlagen nicht fehlen dürfen. Der Folder beinhaltet Tipps sowie Übungen und ist so aufgebaut, wie der Bewerbungsprozess abläuft. Er hilft, die einzelnen Schritte erfolgreich zu meistern – vom ersten Auseinandersetzen mit den eigenen Talenten bis hin zur Jobzusage vom zukünftigen Arbeitgeber.

Einfach kostenlos anfordern unter **0800/22 55 22 – 1432** oder herunterladen auf ak-tirol.com



Für verwöhnte OHREN Scheiben zum GEWINNEN

ABBA
„Voyage“



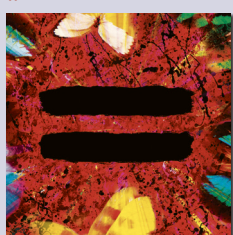
Eine der erfolgreichsten Popgruppen der Geschichte meldet sich nach knapp 40 Jahren mit Studioalbum Nr. 9 zurück. Die Lieder klingen vertraut, die erfolgreiche Abba-Formel von folkig bis rockig, mit viel Pathos und Melancholie, funktioniert auch 2021 und sorgt weltweit für Nummer-eins-Platzierungen.

DIANA ROSS
„Thank you“



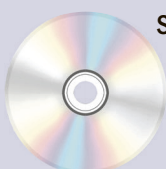
Nach 22 Jahren feiert die Soul-Legende Diana Ross ein erfolgreiches Comeback. Das Album „Thank You“ ist ein kraftvoller musikalischer Appell, Liebe und Zusammengehörigkeit als Wegweiser in schwierigen Zeiten zu sehen, und gleichzeitig ein berührendes Dankeschön an Familie, Freunde und Fans.

ED SHEERAN
„=“



Tanzen zu „Shivers“ oder „Bad Habits“, träumen zu „Visiting Hours“ oder „Sandman“: Auch für das neue Ed-Sheeran-Album regnet es weltweit wieder Gold- und Platin-Auszeichnungen. In 14 Liedern erkundet der britische Künstler unterschiedliche Formen von Liebe, Verlust, Widerstandskraft und Vatersein.

SCHEIBE GEWINNEN



Schreib uns, welches dieser Alben bei dir laufen soll, und gewinn eine Scheibe des Monats! eMail an

gewinn@ak-tirol.com genügt, Name, Adresse und Telefonnummer nicht vergessen!*



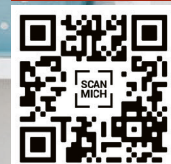
WEBINAR

„Ernähr dich fit“ mit der AK

Gesundheitsvorsorge ist ein wichtiges Thema, auch in der AK Tirol. In Zusammenarbeit mit Mag. pharm. Karin Hofinger bietet die AK Tirol daher die neue, kostenlose Webinarreihe „Ernähr dich fit“ an. Monatlich gibt die Expertin darin Tipps, wie gesunde Ernährung mit Genuss funktioniert und sich in Ihren Alltag integrieren lässt. Das Webinar am 7. Dezember widmet sich dem Thema „Süße Genüsse – raffiniert gesünder gestalten“.

Einen Überblick über alle Termine finden Sie auf unserer Homepage (QR-Code). Anmeldung per eMail an veranstaltung@ak-tirol.com

ZUR ANMELDUNG



© AK Tirol

Der Weg in den Abgrund

Neu erschienen. Eine dunkle Zeit: Die 1930er Jahre waren eine Phase des fatalen Umbruchs in der Geschichte des 20. Jahrhunderts – so auch für Tirol. Die neue Ausgabe von WISO History beleuchtet diese Periode, an deren Ende der Zweite Weltkrieg stand.



Für die Menschen waren die 1930er Jahre extrem schwierig: Die wirtschaftliche Lage war schlecht, es herrschten Arbeitslosigkeit und Armut und eine unversöhnliche und gewaltbereite Politik regierte. Die 1930er Jahre endeten schließlich mit dem Tod der Demokratie, dem Ende Österreichs als eigenständiger Staat und schließlich im Weltkrieg. Der Arbeiterkammer erging es wie vielen, die den Mächtigen lästig werden können: Sie wurde zunächst mit Zwangsmitteln ruhiggestellt.

Ende 1933 wurde sie unter Staatsverwaltung gestellt. Dies alles geschah, als Österreich noch Österreich war. Nach dem Anschluss an Hitler-Deutschland kam das endgültige Aus, die Arbeiterkammer wurde abgeschafft. Es ist das Privileg unserer Zeit, die Periode der 1930er Jahre als Warnung und als Verpflichtung zu haben. Als Warnung, weil sie zeigen, wie Not, Hoffnungslosigkeit, aber auch echte Begeisterungsfähigkeit ausgenutzt und instrumentalisiert werden können.

KOSTENLOS:
Geschichte
zum Nachlesen

Die AK Tirol hat es sich zur Aufgabe gemacht, entscheidende Zeiten der Tiroler Geschichte zu beleuchten und sie einem möglichst breiten Publikum zur Verfügung zu stellen. So gibt es die Ausgaben von WISO History – auch diesmal mit zahlreichen, teils unveröffentlichten Bildern und Zeitdokumenten – kostenlos! Einfach bestellen unter presse@ak-tirol.at oder auf unserer Homepage unter www.ak-tirol.at



GEWINNEN MIT DER AZ



ADVENTKALENDER Frischeparadiesischer Genuss im Advent

Einen Adventskalender der besonderen Art gibt es diesmal für all jene, die die Adventszeit kulinarisch so richtig genießen wollen: Der Kalender vom Frischeparadies im Fruchthof Innsbruck hält 24 Köstlichkeiten bereit, vom Sibirischen Kaviar über Austernperlen, Sommertrüffel bis hin zu Safranfäden und ausgewählten Nougatspezialitäten – im Warenwert von 189 Euro! Das ideale Geschenk für die Vorweihnachtszeit (Details re.).

Mitmachen & gewinnen.

Wer einen der Frischeparadies-Genuss-Adventkalender gewinnen will, mailt an gewinn@ak-tirol.com oder schreibt an AK Tirol, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck, Stichwort: „Adventkalender“. Einsendeschluss ist der 25. November 2021. Name, Adresse und Telefonnummer nicht vergessen!

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, keine Barabläse möglich.

* Ihre personenbezogenen Daten (Name, Adresse, eMail, Telefonnummer) werden von der AK Tirol ausschließlich für die Teilnahme und Abwicklung des jeweiligen Gewinnspiels verwendet und nach der Auslosung oder Ausspielung gelöscht. Ausführliche Informationen gemäß der DSGVO finden Sie unter [https://tirol.arbeiterkammer.at/Datenschutz_\(DSGVO\).html](https://tirol.arbeiterkammer.at/Datenschutz_(DSGVO).html).